

07.07.2009, Al-Jazeera

Der Weggang der Gastarbeiter aus Libyen und die Folgen

Khaled Al-Maheer, Tripolis

Es wird erwartet, dass Libyen ab Ende des laufenden Monats strenge Gesetze für die Einreise arabischer und ausländischer Arbeitskräfte anwendet.

Während die Einführung dieser Gesetze bevorsteht, sind in Kairo Presseberichte erschienen, nach denen in der letzten Zeit etwa 35.000 Ägypter aus Libyen zurückgekehrt sind. Sie hatten die mehr als 500 Libyschen Dinar [ca. 290 Euro mit Stand vom 16.07.2009, Anm.d.Übers.] Gebühren pro Person, die nach den neuen Vorgaben – zusätzlich zu den monatlichen Aufenthaltssteuern – zu leisten sind, nicht bezahlt. Die Zahl der Reisen nach Libyen sind währenddessen zurückgegangen. So wurden am ersten Juli, am Grenzübergang As-Sallum, nur 597 nach Libyen einreisende Ägypter registriert. Am selben Tage wurden hingegen 3971 Ägypter gezählt, die aus Libyen wieder zurückkehrten.

Die Behörden schätzen die Zahl der offiziell registrierten Arbeitskräfte auf ca. 209.226 Personen, davon sind 196.607 Männer und 12.619 Frauen. Die Zahl der nicht in der Wirtschaft arbeitenden Personen beträgt 74.819, davon 21.267 Männer und 53.552 Frauen. Dem steht ein Vielfaches an Personen gegenüber, die nicht bei der Behörde für Arbeitskräfte offiziell registriert sind.

Negative Auswirkungen

Der Direktor des Zentrums für Ökonomische Studien, eine Einrichtung des Rates zu Wirtschaftlichen Entwicklung, meint, die neuen Beschlüsse kämen für die Regulierung des Arbeitsmarktes viel zu spät. Kurzfristig erwartet er einige negative Effekte, d.h. einen Anstieg der Löhne in vielen Sparten und Berufen, bedingt durch einen Mangel an auf dem Markt verfügbaren Arbeitskräften. Dies werde zu einem Produktionsrückgang bei vielen Waren und Dienstleistungen führen, bei denen man auf diese Arbeitskräfte angewiesen sei.

Im Gespräch mit aljazeera.net nannte Dr. Mohammed Fayyad als einige dieser Waren und Dienstleistungen, bei denen eine Preissteigerung zu erwarten ist, die Wartung von Autos, Apparaturen und diversen mechanischen und Elektrogeräten sowie Dienstleistungen im Bausektor. Letzteres wiederum führe zu steigenden Immobilienpreisen und zur verspäteten Ausführung einiger Programme und öffentlicher Projekte, die von Firmen realisiert werden.

Hinzu kämen Verspätungen beim Löschen von Schiffsladungen in den Häfen und steigende Lieferkosten. Dies hätte den Effekt steigender Importkosten, was die betroffenen Waren auf dem lokalen Markt teurer mache. Schließlich komme es zu einem Rückgang bei der Brotherstellung, weil es in den Bäckereien an Arbeitskräften mangle und die Zahl der Betriebsstunden abnehme. Indes unterstrich Fayyad, dass die neuen Gesetze trotz der genannten negativen Aspekte nötig seien, und zwar um den libyschen Arbeitsmarkt zu regulieren, nicht um auf ausländische Arbeitskräfte zu verzichten.

Fayyad betonte, es gebe keine Wirtschaft, in der es nicht ausländische Arbeitskräfte gebe; und es gebe auch keine Wirtschaft, die ihrer nicht bedürfe.

Er begründete dies damit, dass in einigen Sparten bestimmte Fertigkeiten gefordert seien, die bei den einheimischen Arbeitskräften nicht vorhanden seien, weil letztere die entsprechenden Berufe, aufgrund der in der Gesellschaft vorherrschenden Kultur, nicht erlernen wollen, abgesehen davon, dass man in diesen Berufen weniger verdient. Dabei erklärte Fayyad, dass das neue Gesetz einen wichtigen Beschluss zum Wohle des Staates darstelle sowie zum Schutz der Rechte der Arbeitnehmer, welche oft ausgebeutet würden, indem man ihnen nicht die fälligen Löhne zahle.

Seitens der Behörde für Arbeitskräfte lehnte man eine Stellungnahme gegenüber aljazeera.net ab. Es hieß lediglich, ihre Beschlüsse stellten eine Regulierung für ausländische Arbeitskräfte dar. Zu ihren Befürchtungen bezüglich der Auswirkungen der Novelle gab es keine klare Äußerung.

Wirtschaft wird verunsichert

Der Politikexperte Dr. Abubakr Buera ließ im Gespräch mit aljazeera.net keinen Zweifel daran, dass die Art, wie die Problematik zur Zeit behandelt werde, zu Verunsicherungen in der Wirtschaft führen werde, insbesondere was die Verrichtung von Dienstleistungen für den Bürger durch private Unternehmen angehe, in denen diese irregulären Arbeitskräfte zu finden seien. Buera erwartet, dass es für den Bürger schwer sein werde, in der gleichen Fülle und zum selben Preis Arbeitskräfte zu bekommen, wie dies früher der Fall war.

In einer Erklärung gegenüber aljazeera.net sagte der Chefredakteur der Zeitung "Mal wa A°mal" ["Kapital und Geschäfte", Anm.d.Übers.], Khalifa Al-Maqtaf, die für die Novelle verantwortlichen Stellen seien sich "der Auswirkungen des Beschlusses" vollkommen sicher. Al-Maqtaf erklärte, die Lösung liege in der Eröffnung von Büros für die Rekrutierung von Arbeitskräften. Dem privaten Sektor müsse man ermöglichen, Menschen einzustellen. Der Wirtschaftsjournalist machte deutlich, dass das libysche Arbeitskräftepotenzial, das auf etwa 800.000 Personen geschätzt wird, das bestehende Defizit nicht ausgleichen könne – angesichts eines großen Entwicklungssprungs, den Libyen gerade erlebt.

Auch der Generaldirektor für Human Resources der Libyschen Zementfirma, Kamal Bin Khadura, unterstrich, die einheimischen Arbeitskräfte seien nicht in der Lage, an "gefährlichen Orten" zu arbeiten oder schwere Arbeiten zu verrichten. Bin Khadura sagte, seine Firma hätte unter dem Druck der Behörde für Arbeitskräfte libysche Arbeiter angenommen. Als diese gesehen hätten, wieviel Arbeit zu tun war, wären sie nicht lange standhaft geblieben.

Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg